

## Kommunale Wirtschaftspolitik

### Aufgaben und Ziele in Backrang

#### *1. Allgemeine Aussagen zum Thema*

Noch bis vor wenigen Jahren sah man auf kommunaler Ebene die angestrebten Wirkungen wirtschaftsorientierter Bemühungen fast ausschließlich darin, durch Industrie- und Gewerbeflächenausweisungen indirekt ansiedlungswillige Firmen zu subventionieren, indem man billigen Baugrund bereitstellte, der andererseits durch aufwendige Infrastrukturmaßnahmen von der Allgemeinheit getragen werden mußte. Die Rechnung ging für die Kommunen – hier gewissermaßen als Akteure der Bodenspekulation – solange auf, wie die Ausweisung und das Angebot der Ware Boden Schritt halten konnte mit dem allgemeinen Wachstum der Wirtschaftssektoren und der Branchen, für die die öffentliche Hand bereit war, Gelder vorzuleisten. Die Gemeinden erhofften sich im Gegenzug dafür später, ihren quasi vorgestreckten finanziellen Anteil an den prosperierenden und sich erweiternden Unternehmen in Form von kommunalen Steuereinnahmen mindestens wieder zurückzuerhalten, wenn nicht gar auszuweiten.

Die Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen bietet sich bei diesem Denken für die Kommunen als die einzige

Möglichkeit an, in den Wirtschaftsprozeß vor Ort eingreifen zu können und die Einnahmesituation für sie günstig zu gestalten. Sie wird sogar als das wichtigste Instrument der Kommunen im Bereich der Wirtschaftsförderung angesehen und damit immer noch als deren Königsweg beschrieben<sup>1</sup>.

In Zeiten stagnierenden Wirtschaftswachstums, sinkender Steuereinnahmen und sich erhöhender Arbeitslosenziffern sind die Kommunen allerdings heute mehr denn je in der schwierigen Situation, daß sie gerade ihre Pflichtaufgaben erfüllen können. Angesichts der weltweit immer stärker voranschreitenden Arbeitsteiligkeit der Wirtschaft sowie der flüchtigen Kapitalströme können Kommunen im Grunde genommen heute keine dezidierte Industrieansiedlungspolitik mehr betreiben, wenn sie dies überhaupt jemals vermochten. Die Zielsetzungen werden sich allein schon deshalb künftig vor allem an der Sicherung und an der Bestandspflege der bestehenden Firmen und ihrer Arbeitsplätze ausrichten müssen.

Angesichts der nicht absehbaren gesamtwirtschaftlichen Stagnation werden Bestrebungen, die in der alleinigen Ausweisung von Industrie- und Gewerbe-

flächen die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ins Kalkül ziehen, ins Abseits führen und erhebliche finanzielle Risiken bergen, die der Bevölkerung erhebliche Lasten – vor allem im sozialen und ökologischen Bereich – aufbürden werden. Es ist heute weitgehend ein Wunschbild zu glauben, daß durch die kommunalen Einnahmen der Ausbau der kommunalen Infrastruktur zu bezahlen ist<sup>2</sup>.

Das gewachsene Umweltbewußtsein, die Einsicht in die volkswirtschaftlichen Kosten der Umweltzerstörung und im Zusammenhang damit die gestiegene Bedeutung der Umweltmärkte machen die ökologische Wirtschaftsförderung zukünftig zu einem notwendigen und selbstverständlichen Thema. Aktivitäten in diesem Bereich helfen nicht nur die Lebensqualität in den Städten zu steigern oder zumindest zu erhalten, sie sind auch ökonomisch sinnvoll.

In diesem Zusammenhang – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die künftig größere Bedeutung weicher Standortfaktoren – ist auch dringend ein Umdenken in den Köpfen der kommunalpolitisch Verantwortlichen vonnöten. So sprechen schon kleinste Kommunen von einem eigenen Wirtschaftsstandort und drücken damit ihre Eigenständigkeit in der Planungshoheit sowie den Willen aus, ihre Geschicke autozentrisch in die Hand zu nehmen.

Insgesamt zeigen sich die Beeinträchtigungen der Lebensbedingungen verstärkt in Lärm- und Abgasemissionen, dem überhandnehmenden Verkehr, der noch

immer zunehmenden Versiegelung von Boden, den Veränderungen des Stadt- und Landschaftsbildes, um nur einige der wichtigsten negativen Einflußfaktoren auf die natürlichen Lebensgrundlagen zu nennen. Allein aus Gründen des schlichten Überlebens muß die kommunale Wirtschaftspolitik mehr denn je dafür Sorge tragen, daß im Sinne der Verbesserung von Lebensqualitäten der Nutzen aus den wirtschaftlichen Aktivitäten der Betriebe vor Ort in einem verträglichen Verhältnis zu deren Schäden und Belastungen der Umwelt gegenüber steht.

So bedeutete kommunale Wirtschaftspolitik bisher vor allem die Bereitstellung von Flächen und Infrastruktur, um so die notwendigen Rahmenbedingungen für quantitatives Wachstum zu schaffen. Mit dem Rückgang des Wachstums und den ersten größeren Strukturkrisen wurde erkennbar, daß diese Politik nicht mehr ausreichte. Außerdem entwickelte sich – und dieser Prozeß setzt sich fort – ein verändertes Verständnis der öffentlichen Aufgaben. Dienstleistungsorientierung und unternehmerisches Denken sind hierfür Stichworte.

Die immer deutlicher werdenden Grenzen der ökologischen Belastbarkeit müssen Anlaß zu einer Umorientierung gerade auf kommunaler und lokaler Ebene sein. Es beginnt sich deshalb in der kommunalen Wirtschaftspolitik eine immer stärkere Berücksichtigung ökologischer Ziele durchzusetzen, um die Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung einer Stadt sowie deren Attraktivität auf Dauer

zu sichern. Dies wird letztlich gerade auf kommunaler Ebene dazu beitragen, daß Politiken einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung betrieben werden müssen.

Bei vielen kommunalen Entscheidungsträgern sind erste Anzeichen für einen Bewußtseinswandel, der eher kooperative und partizipative Elemente gegenüber abgrenzenden und hierarchischen Handlungsweisen in den Vordergrund rückt, festzustellen. Dieser Bewußtseinswandel ist Ausdruck einer generellen Veränderung ökonomischer und sozialer Leitbilder, die in nahezu allen Bereichen langsam Fuß zu fassen beginnen und mit dem gesellschaftspolitischen Leitbild der „Zivil- oder Bürgergesellschaft“ umschrieben werden können<sup>3</sup>.

Aus den dargelegten Gründen kann die Hauptaufgabe einer kommunalen Wirtschaftsförderung nicht mehr allein in der Bereitstellung von Gewerbeflächen und in Bemühungen zur Ansiedlung von Unternehmen und Betrieben liegen. Schon in den 70er Jahren veränderten sich die Schwerpunkte der Wirtschaftsförderung hin zur Bestandspflege der ortsansässigen Unternehmen und Betriebe sowie zu einer vorsorgenden Gewerbepolitik. Dieser Wandel ist in den 90er Jahren zwar nach wie vor in Gang, wird aber zukünftig nachhaltigen Wirtschaftsförderungskonzepten und somit neuen Handlungsorientierungen Platz machen müssen. Die Kommunen müssen in diesem Zusammenhang vor allem

- Initiatoren sein, indem sie Problemfel-

der analysieren und entsprechende Aktivitäten in Gang setzen;

- Moderatoren sein, indem sie Projekte begleiten, Aktivitäten koordinieren und die Akteure, das heißt auch die Bevölkerung, zu einem dauerhaften Diskussionsprozeß zusammenbringen<sup>4</sup>.

Bereits in den 70er Jahren wurde dann erkannt, daß eine „Einmauerung“ der Verantwortlichkeiten für die Wirtschaftsförderung in der Ämterpyramide der städtischen Dienststellen problematisch sein kann. Daher ist inzwischen die Wirtschaftsförderung immer häufiger aus der kommunalen Verwaltung ausgegliedert worden<sup>5</sup>.

In den letzten Jahren ist weiterhin die Zahl der Unternehmensverlagerungen oder der größeren Firmenneugründungen immer mehr zurückgegangen, so daß die eigentlichen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten eher im Bestand als in der Ansiedlung liegen. Daher sollte die kommunale Wirtschaftsförderung ihre Handlungsmöglichkeiten in erster Linie in diesen endogenen Potentialen ausschöpfen<sup>6</sup>.

## ***2. Die Stadt Backnang als Fallbeispiel innerhalb der Region Stuttgart***

Wie in vielen vergleichbaren Kommunen – und dies gilt im folgenden vor allem auch für die Städte in der Region Stuttgart – kann sich auch die kommunale Wirtschaftspolitik und -förderung einer großen Kreisstadt wie Backnang heute

nicht mehr nur allein darauf beschränken, Flächen für ansiedlungswillige Investoren zu erschließen, diese vorzuhalten und dann baureif anzubieten. Sie muß sich vielmehr der ganz erheblich gestiegenen Verantwortung stellen, nach der jede wirtschaftspolitische Zielsetzung sich dem übergeordneten Ziel einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung und damit der Förderung der Lebensbedingungen für die Bürgerschaft unterordnen muß.

Da die Bestandspflege in der Regel kaum direkte und sichtbare Ergebnisse bringt, wird sie häufig unterbewertet. Dagegen werden Ansiedlungserfolge oft als bestimmendes Maß für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsförderung angesehen – meist zu Unrecht. Ein Standort- oder Gewerbeatlas sowie auch ein Kataster der Gewerbebrachen – besonders wichtig bei Städten wie Backnang, die einem einschneidenden Strukturwandel unterworfen waren oder nach wie vor sind – ist unabdingbar notwendig, denn bei der Erweiterung von Gewerbeflächen ist eine Bestandsaufnahme von bereits vorhandenen Flächen notwendig. In jedem Fall muß das „Recycling“ und der Gebrauch von bereits versiegelten Flächen vor der Überbauung von Naturraum auf der „Grünen Wiese“ gehen. Darüber hinaus sollten Ansiedlungen immer auf das jeweilige Stadtentwicklungskonzept abgestimmt werden. Wo ein solches nicht existiert – wie das leider im Fall der Stadt Backnang gesagt werden darf – muß dieses zuerst erarbeitet und öffentlich diskutiert werden, denn sonst gerät man in Gefahr, sich kurzfristige Entwicklungs-

vorteile auf Kosten langfristig wirksamer Probleme zu erkaufen. Da die Stadt Backnang als Mittelzentrum und Entlastungsort im Regionalplan ausgewiesen ist, darf eine Betrachtung der kommunalen oder lokalen Situation nicht losgelöst von den überörtlichen Gegebenheiten innerhalb der Region gesehen und beurteilt werden, wozu folgende Vergleichsinformationen hilfreich sein mögen.

In den letzten 20 Jahren wurden in der Region Stuttgart circa 19.000 Hektar Boden versiegelt, was einer Zunahme von versiegelter Fläche von rund einem Drittel entspricht. Gleichzeitig nahm die Bevölkerung lediglich um etwa 10 Prozent zu<sup>7</sup>. Bedingt durch die bisher großzügige Ausweisung von Flächen innerhalb der Region beinhalten die Flächennutzungspläne vor allem noch große Reserven an Gewerbe- und Mischgebieten, die sich auf rund 650 Hektar beziffern lassen. Hinzu kommen Hunderte von Hektar aufgelassener Militärf lächen, ebenfalls Hunderte von Hektar wiederverwertbarer Gewerbebrachen sowie Tausende von Quadratmetern an meist neu errichteten Büroflächen. Die Forderung, bis zur vollständigen Flächenanalyse und Aufnahme aller Flächen in ein regionales Flächenkataster ein Planungsmoratorium zu erlassen, ist anhand der dargelegten Fakten nicht von der Hand zu weisen.

Erst auf der Basis einer solchen Bestandsaufnahme ist es dann nachfolgend möglich, geeignete Standortkonzepte zu entwickeln, die Ausweisung und Erschließungsmaßnahmen zu kalkulieren

### Gewerbliche Brachflächen in der Region

	Anzahl der Brach- flächen	Flächen (Brutto- flächen)
Landkreis Böblingen	1	2,9 ha
Landkreis Esslingen	44	90,5 ha
Landkreis Göppingen	20	34,7 ha
Landkreis Ludwigsburg	15	51,0 ha
Landkreis Rems-Murr	21	56,4 ha
Stuttgart	14	121,5 ha
Summe	115	356,9 ha

Quelle: Kommunalentwicklung GmbH  
Stuttgart, 1997

und Brachflächen zu reaktivieren. Dabei sind verträgliche Nutzungsmischungen ebenso zu prüfen wie moderne Konzepte flächensparenden Bauens. Im Zuge des Bedeutungsgewinns weicher Standortfaktoren sind Aufwertungen und Qualitätsverbesserungen bestehender Flächen und Gebäude ein ebenfalls aktuelles Thema<sup>8</sup>.

Im Falle des interkommunalen Gewerbegebiets Lerchenäcker prallen jedoch offensichtlich die Zielvorstellungen zweier Interessensgruppen aufeinander, nämlich die des Verbandes Region Stuttgart sowie die der Stadt Backnang. Während die Region Stuttgart damit argumentiert, daß innerhalb der Region die Flächen für große Unternehmen rar geworden sind und die Lerchenäcker speziell für internationale Firmen und innovative Technologien benötigt werden, setzt die Stadt Backnang auf kleinere Gewerbebetriebe,

die bevorzugt aus der Stadt selbst kommen sollen. Kann man die Absichten der Region noch nachvollziehen, weil durch die Ansiedelung von großen Firmen auch größere Flächen benötigt werden, erscheinen die Beweggründe der Stadt dagegen durchsichtig und in gewisser Weise auch selbstbezogen zu sein, weil aus ihren Handlungsabsichten heraus eigentlich keine neuen Arbeitsplätze in nennenswerter Zahl geschaffen, sondern diese in der Regel nur verlagert werden. Es ist darüber hinaus die Frage zu stellen, ob die Stadt überhaupt imstande ist, ein anderes als das von ihr verfolgte Wirtschaftskonzept umzusetzen. Dies kann bei einem eventuellen Versagen der Industrieansiedlungspolitik der Region schon jetzt verneint werden, so daß die Stadt – quasi durch die Hintertür – zu einem neuen und für die Eigenentwicklung völlig unnötig großen Gewerbegebiet käme, das ihr ohne die Hilfe der Region ansonsten nie genehmigt und deswegen auch nicht so zugefallen wäre. Vorsorglich hat die Stadtverwaltung denn auch schon die Prognosen für den Einwohnerzuwachs – bei einem Zeithorizont von 15 Jahren – auf insgesamt etwa 45.000 Einwohner hochgerechnet, womit sich die Lerchenäcker dann selbstverständlich besser begründen lassen.

Untrennbar mit diesem Projekt verbunden sind die infrastrukturellen bzw. verkehrlichen Unzulänglichkeiten, die beim Standort der Lerchenäcker als Defizite auftreten. Während der Verband Region Stuttgart in seinem Regionalplan eindeutige Anforderungen an kommunale Indu-

### Gewerbebrachen in der Region

Kreis	Stadt/Gemeinde	Zahl	Fläche (ha)
Böblingen	Leonberg	1	2,90
Esslingen	Altbach	2	10,90
	Deizisau	2	3,30
	Esslingen	3	8,00
	Filderstadt	1	6,20
	Kirchheim u. Teck	4	20,70
	Leinfelden-Echterd.	13	12,20
	Nürtingen	1	2,30
	Ostfildern	1	0,50
	Owen	1	0,50
	Plochingen	6	6,30
	Wendlingen	4	17,20
	Wernau	6	2,40
	Göppingen	Donzdorf	1
Eislingen		6	4,45
Geislingen		3	7,80
Göppingen		3	7,70
Kuchen		3	2,60
Ottenbach		1	1,80
Salach		1	7,00
Schlierbach		1	2,00
Süßen		1	1,20
Ludwigs- burg		Benningen	2
	Hemmingen	1	0,60
	Kornthal-Münching.	1	1,80
	Kornwestheim	1	25,00
	Ludwigsburg	4	6,80
	Möglingen	2	7,10
	Remseck Neckar	2	3,20
	Vaihingen a. d. Enz	1	0,15
	Walheim	1	1,60
Rems-Murr	<b>Backnang</b>	<b>3</b>	<b>21,40</b>
	Fellbach	7	7,00
	Plüderhausen	3	12,60
	Rudersberg	1	1,20
	Schorndorf	2	2,00
	Urbach	1	7,20
	Waiblingen	1	2,60
	Weizheim	3	2,40
Stuttgart		14	121,50
<b>Summe</b>		<b>115</b>	<b>357,00</b>

Quelle: Kommunalentwicklung Stuttgart, 1997

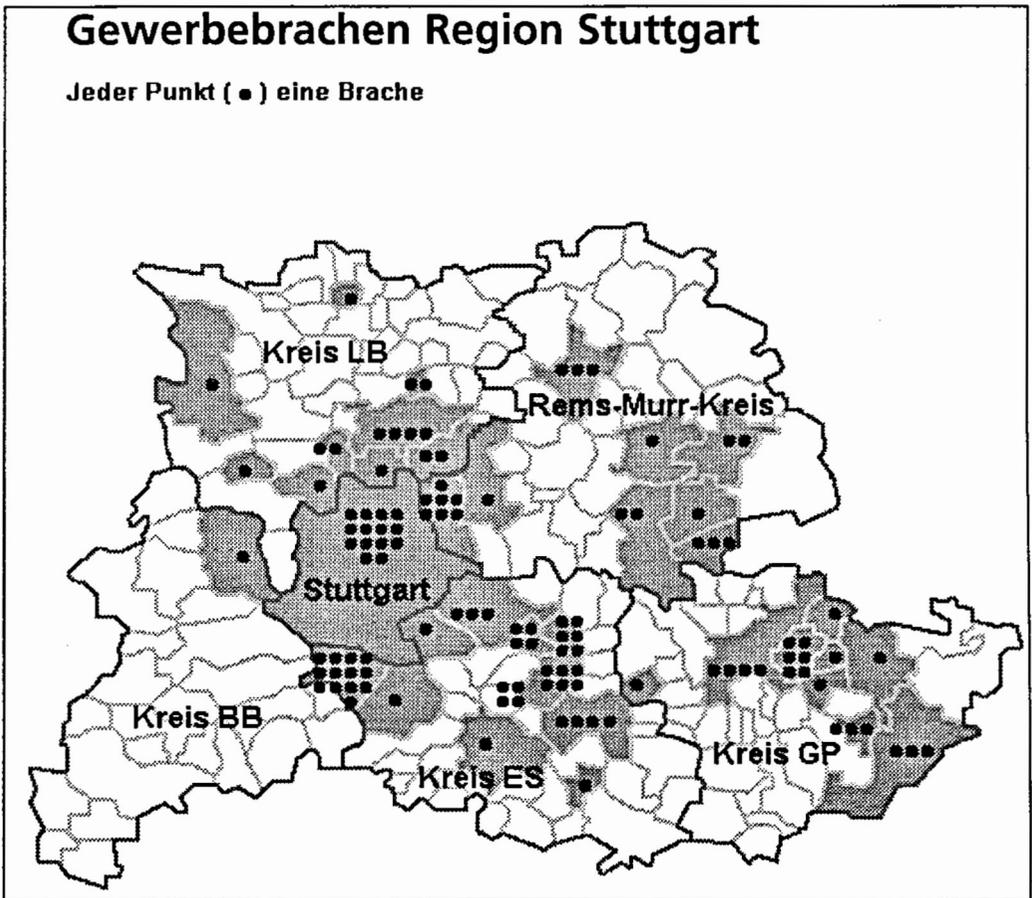
strie- und Gewerbegebiete stellt, die in der Regel einhergehen mit den Anforderungen eines Schienenanschlusses und günstigen Synergieeffekten zu bereits ansässigen Unternehmen, erscheinen in der Praxis diese Voraussetzungen allenfalls bei letzterem Punkt einigermaßen einlösbar zu sein. Von den 36 im Regionalplan aufgeführten Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen ist der Standort Lerchenäcker nach der Konversionsbranche Böblingen/Sindelfingen mit etwa 82 Hektar sowie dem Standort Vaihingen an der Enz mit etwa 73 Hektar der drittgrößte, er weist jedoch als mit Abstand größter von den neu zu erschließenden Standorten keine Option zur Einrichtung eines Schienenanschlusses auf<sup>9</sup>. Es kann folglich gesagt werden, daß der geplante „Industrie- und Gewerbepark“ Lerchenäcker unter den genannten Flächen und unter dem Gesichtspunkt der Verkehrsvermeidung der mit Abstand umweltunverträglichste Standort ist. Insgesamt werden mit der Ausweisung im Regionalplan etwa 1850 Hektar Flächen überplant, wobei imagegerecht rund 9800 Hektar zusätzlich als Grünzüge oder Grünzäsuren geschützt wurden. Es muß also erst ein geschützter regionaler Grünzug wie die Lerchenäcker im Regionalplan zur Gewerbe- und Industriefläche umgewidmet werden, damit andere Flächen in den Genuß dieses Vorzugs gelangen, um die Ansiedlung von Großmärkten „auf der grünen Wiese“ einzudämmen<sup>10</sup>.

In Backnang ist eine ökologisch zukunftsbeständige Stadtentwicklung kein aner-

kanntes Leitbild. Dem stets und schon jahrzehntelang wiederkehrenden Lamento um das „Ausbluten“ der Innenstadt folgt stets und sogleich die Ausweisung neuer Flächen an der Peripherie der Stadt auf dem Fuße. Obwohl diese Politik noch hohe Folgekosten verursachen wird, hindert die Präferenz für „erprobte“ Konzepte die kommunalpolitischen Entscheidungsträger daran, beim ökologischen Strukturwandel eine aktiv gestaltende Rolle einzunehmen. Eine effektive Zusammenarbeit mit lokalen Umweltinitiativen findet so gut wie nicht statt,

allenfalls äußerst spärlich bei der Umweltbildung, wie das Beispiel der von der Stadt alljährlich veranstalteten und wenig konkrete Ergebnisse bringenden Umweltwoche augenscheinlich zeigt. Diese Maßnahme dient ausschließlich der Imagepflege und soll öffentlichkeitswirksam die Stadtverwaltung ins „rechte Licht“ rücken, ebenso wie das bereits mehrjährige Bemühen, eine Lokale Agenda zu erarbeiten.

Statt einer vor allem auf dem Verursacher-, Vorsorge- und Kooperationsprinzip



Quelle: Kommunalentwicklung GmbH Stuttgart, 1997

aufbauenden Umweltschutzpolitik findet in Backnang nach wie vor eine defizitäre, weil weitgehend nachsorgende Umweltpolitik statt, die allein bei akuter Gefahrenabwehr aktiv wird. Die wenigen ökologischen Modellprojekte werden als vorbildlich dargestellt und reizen den Umweltaspekt oft bis zum letzten „Öko-Schrei“ aus, werden dabei aber isoliert konzipiert. Die Modellhaftigkeit solcher Maßnahmen schränkt sich dadurch deutlich ein, was für die Verbreitung und Integration der ökologischen Perspektive in den Alltag des Verwaltungshandelns nicht förderlich ist.

Die im Verwaltungsalltag auch in Backnang typische Dominanz ressortegoistischer Handlungsorientierungen begünstigt Teillösungen, die – zur Vermeidung möglicher Widerstände – nicht an sachlich begründeten Prioritätensetzungen orientiert sind bzw. von pragmatischen und meist kurzfristigen Konzepten gedeckt werden<sup>11</sup>. Ein gutes Beispiel für ein solches Verwaltungshandeln ist die äußerst schmerzhaft Beschneidung der Murrwiesen für die scheinbar notwendige Verbreiterung der Talstraße im Zuge der Bebauung des Biegel-Geländes. Nur wenig später bewarb sich die Stadt für die Ausrichtung der Landesgartenschau und wollte – eben auch an dieser Stelle – ein umweltfreundliches Gesicht zeigen. Dasselbe Prinzip wenig vorausschauender Umweltpolitik zeigte sich bei dem Projekt eines Straßentunnels zur Entlastung der Annonaystraße, der gebaut werden sollte, bevor die Grundvoraussetzung eines das Verkehrsaufkommen mindernden Gesamtverkehrsentwick-

lungsplans in Auftrag gegeben und verabschiedet worden wäre.

Auf diese Weise werden Modernisierungsstrategien in Kommunen im wesentlichen aus kurzfristiger ökonomischer Perspektive realisiert, die eher problemverschärfend als innovativ wirken. Oft ist die Erwartung, in den Genuß staatlicher Zuschüsse zu gelangen, wie zum Beispiel Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für den Straßenbau, die einzige Motivation, die die Verwaltungsspitzen dazu bewegt, Neuerungen anzugehen. Gerade diese reizen jedoch meistens zu einem überdimensionierten und wenig nachhaltigen Finanzgebaren, und die Ergebnisse müssen oft in wenigen Jahren schon als Fehlplanungen entlarvt und revidiert werden. Als weiteres Beispiel einer Fehlplanung in Backnang kann hier die in den siebziger Jahren erfolgte Verbreiterung der Sulzbacher Brücke angeführt werden, denn diese verkehrlich vollkommen unsinnige Maßnahme wurde schon zu jener Zeit gegen den Trend zu den vielerorts vollzogenen Verkehrsberuhigungen in den Innenstädten durchgesetzt. Schon wenig später wurden die Folgen der Planung offensichtlich, als man nicht mehr weiter umhin konnte, im Interesse der Verkehrsberuhigung der Innenstadt diese Brücke einseitig für den Verkehr zu sperren. Heute bietet gerade auch die Neubebauung des Biegels ein weiteres Argument dafür, wie wichtig eine rechtzeitige Folgenabschätzung bei der Bebauung dieser 1,6 Hektar großen Fläche, die immerhin rund ein Drittel der Altstadtfläche ausmacht, gewesen wäre.

Da der Umweltschutz in Backnang als ein isoliertes Betätigungsfeld betrachtet wird, bleibt er randständig und stark personenabhängig. Die fehlende Vernetzung und Abstimmung der kommunalen Aktivitäten begünstigt die unerwünschten systemischen Effekte, die aber implizit die Nachrangigkeit des Umweltschutzes noch ausweiten.

In den im Gemeinderat von Backnang vertretenen Parteien und Fraktionen finden sich leider kaum Vertreter von Um-

weltinteressen. Appelle von Umweltverbänden und -initiativen bleiben in der Regel unbeachtet, Kooperationsangebote werden von Politik und Verwaltung kaum ernst genommen oder schlicht abgelehnt, was zur Verfestigung unbeweglicher „positioneller Strategien“ geführt hat. Als unausweichliche Reaktion auf die nachhaltig gestörte Kommunikation bleibt den sich für den Umweltschutz einsetzenden Gruppen daher häufig nur der Umweg über die skandalorientierte Öffentlichkeitsarbeit<sup>12</sup>.

## Literatur

- 1 Vgl. dazu den Bericht des Amtes für Wirtschaftsförderung vom 7. 6. 1996 an den Gemeinderat der Stadt Backnang, Sitzungsvorlage 187/96, S. 2.
- 2 Grabow, Busso / Henckel, Dietrich, Kommunale Wirtschaftspolitik, in: Roth, Roland / Wollmann, Hellmut (Hrsg.), Kommunalpolitik, Politisches Handeln in den Gemeinden, Schriftenreihe Band 320 der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1993, S. 424.
- 3 Der aus dem angloamerikanischen Raum stammende Begriff der „civil society“ kennzeichnet eine Strömung der Kommunitarismustheorie.
- 4 Grabow, Busso / Henckel, Dietrich, a. a. O., S. 427.
- 5 Vgl. dazu Grabow, Busso / Heuer, Hans, Lokale Innovations- und Technologiepolitik, Berlin 1990, S. 30 f.
- 6 Vgl. dazu Afheldt, H. / Siebel, W. / Sieverts, T. (Hrsg.), Gewerbeentwicklung und Gewerbepolitik in der Großstadtregion, Gerlingen 1987. Diese sehr ausführliche Fallstudie zeigt das breite Spektrum der kommunalen Möglichkeiten sowie die vielfältigen Wechselwirkungen mit anderen Bereichen in der Großstadtregion Stuttgart auf.
- 7 Grischtschenko, Ingrid, Wirtschaftswachstum und Flächenverbrauch entkoppeln, in: Region Stuttgart aktuell, März 1997, S. 7 ff.
- 8 Grabow, Busso / Henckel, Dietrich, a. a. O., S. 433.
- 9 Vgl. dazu die Vorlage 372/92 des Planungsausschusses beim Verband Region Stuttgart zu Fortschreibung des Regionalplans vom 23. 4. 1997.
- 10 Schön, Ulrich, Die Region als Lebens- und Wirtschaftsraum gestalten, in: Region Stuttgart aktuell, September 1997, S. 14.
- 11 Quante, Michael, Umweltschutz in den Kommunen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/1996 v. 6. 12. 1996, S. 36.
- 12 So sinngemäß auch die Backnanger Kreiszeitung v. 25. 10. 1997 in der Rubrik „nebenbei notiert“, in der festgestellt wird, daß sich niemand zu wundern brauche, wenn die Politikverdrossenheit nach und nach auch Bevölkerungskreise erfaßt, die sich nicht aus Querulanten, Besserwissern und Stammtischproleten zusammensetzen.